

Rechtsradikale und rechtsextreme Einstellungen zur Bildung in Westeuropa nach 1945

Anja Giudici, Cardiff University

Published as: Giudici, Anja. 2024. 'Rechtsradikale Und Rechtsextreme Einstellungen Zur Bildungspolitik in Westeuropa Nach 1945'. *Bildung Und Erziehung* 77 (4): 401–17.

Zusammenfassung: Autoritarismus, Nativismus und die Ablehnung liberaler oder demokratischer Prinzipien kennzeichnen die Ideologie zeitgenössischer rechtsextremer und radikaler Parteien und Bewegungen in Westeuropa. Wie spiegeln sich diese Merkmale und die daraus resultierende politische Logik in ihren Einstellungen zur Bildung wider? Dieser Beitrag argumentiert, dass Bildung aus einer Umverteilungs- oder kulturpolitischen Perspektive politisiert werden kann. Anhand von Literatur- und Archivquellen zeigt er, dass rechte Organisationen klare Präferenzen für Bildung als Kulturpolitik entwickelt haben, Fragen der Umverteilung jedoch ausblenden oder inkohärent thematisieren. Beide Muster lassen sich mit bestehenden theoretischen Ansätzen aus der bildungspolitischen Forschung und historischen Bildungsforschung interpretieren – was deren Wert für die Erforschung weiterer Fragen in diesem Feld bestätigt.

Schlüsselbegriffe: Bildungspolitik; Parteien; Soziale Bewegungen; Europa

Abstract: The ideology of the contemporary far-right movement in Western Europe is characterised by a belief in authoritarianism, nativism and a rejection of liberal or democratic principles. How are these ideological characteristics reflected in the movement's approach to education? This article argues that education can be politicised from either a redistributive or cultural perspective. Drawing on literature and archival sources, it shows that right-wing parties and intellectuals have developed clear preferences for education as a cultural policy, but are more ambivalent when it comes to the distributive dimension of education. The fact that this overall pattern and its variations across the movement can be interpreted using existing theoretical approaches from education policy and history confirms the value of these approaches for future research on far-right approaches to education.

Keywords: Politics of Education; Far Right; Europe; Parties

Einleitung

Der Zusammenhang zwischen Bildung, Liberalismus und Demokratie schien in Westeuropa nach 1945 lange Zeit gegeben. Die dominierenden Parteien und Bewegungen bekannten sich mehrheitlich zu den Prinzipien der liberalen Demokratie. Zwar verfolgten sie unterschiedliche Bildungsprojekte, in den Grundprinzipien war man sich jedoch einig. Der Ausbau der formalen Bildung sollte wirtschaftliches Wachstum mit einer sozial gerechteren Chancenverteilung verbinden (Carstensen / Emmenegger 2023; Gingrich / Giudici 2023). Und um ein Wiederaufleben autoritärer Regime und Gewalt zu verhindern, sollten Schulbücher und Lehrpläne liberale Grundrechte und Werte wie Toleranz, Vielfalt und aktive Partizipation stärken (Lerch et al. 2017).

Bildungsreformen setzen diese Prinzipien ab den 1950er Jahren in die Praxis um. Nationale Unterschiede verschwanden dadurch nicht, aber Regierungen in ganz Westeuropa erhöhten ihre Bildungsbudgets und weiteten den Zugang zu Bildung massiv aus (Ansell 2010). Zudem förderten sie die Durchlässigkeit der Bildungswege (Gingrich / Giudici / McArthur 2023) und richteten die schulischen Inhalte stärker auf internationale liberale Normen aus, die individuelle Rechte und Handlungsfähigkeit betonen (Lerch et al. 2017; OECD 2023).

In den letzten Jahrzehnten haben jedoch rechte Kräfte an Bedeutung gewonnen, die den Liberalismus und teilweise auch die Demokratie grundsätzlich in Frage stellen. Rechtsradikale und -extreme Ideologie zeichnet sich laut Politikwissenschaft durch den Glauben an Autoritarismus, ein ausgrenzendes oder holistisches Verständnis von Nationalismus und die Ablehnung liberaler oder demokratischer Grundwerte wie gesellschaftlicher Pluralismus und Individualrechte aus (Carter 2018; Mudde 2000). Nur ein Teil der Akteure, die diese Positionen einnehmen, vertritt auch populistische Haltungen (vgl. Abschnitt 2). Aus diesem Grund verwende ich in diesem Beitrag die Begriffe rechtsradikal und rechtsextrem, um die beiden Varianten der Ideologie am rechten Rand des politischen Spektrums und die sie vertretenden Akteure zu erfassen.

Zwischen 1990 und 2019 stieg der durchschnittliche Stimmenanteil von Parteien, die diese Ideologie vertreten, in Europa von zwei auf 17,5 Prozent (Rathgeb / Busemeyer 2022, 2). Rechtsradikale und -extreme Parteien sind mittlerweile in Parlamenten von der lokalen bis zur supranationalen Ebene und teilweise auch in Regierungen vertreten (Mudde 2019). Auch im öffentlichen Diskurs (Bar-On 2011) und in Programmen der etablierten Parteien (Abou-Chadi / Krause 2020) haben deren Argumentationsmuster Einzug gehalten.

Rechtsradikale und rechtsextreme Kräfte unterscheiden sich von den bisher dominierenden konservativen, liberalen, sozialdemokratischen und christdemokratischen Ideologien durch ihre grundsätzliche Ablehnung des Liberalismus bzw. der Demokratie. Wie schlägt sich diese ideologische Besonderheit und die daraus resultierende politische Logik in ihren Einstellungen zur Bildung nieder?

Dieser Frage geht der vorliegende Beitrag in vier Schritten nach. In Kapitel **Error! Reference source not found.** wird ein konzeptioneller Analyserahmen aus der erziehungs- und politikwissenschaftlichen Literatur entwickelt. Es wird gezeigt, dass bildungspolitische Themen sowohl aus einer Umverteilungslogik als auch aus einer kulturpolitischen Logik bespielt werden können, wobei sich verschiedene Parteienfamilien traditionell in ihrer Herangehensweise unterscheiden. Kapitel 2 definiert den Gegenstand dieses Beitrags: die rechtsradikalen und rechtsextremen Bewegungen im Westeuropa der Nachkriegszeit.

Kapitel 3 (Bildung als Umverteilungsinstrument) und Kapitel 4 (Bildung als kulturpolitisches Instrument) bilden den Kern der Analyse. In ihnen nutze ich den eingangs entwickelten Forschungsrahmen, um die bildungspolitischen Präferenzen radikaler und rechtsextremer Organisationen systematisch zu identifizieren und über die Zeit und zwischen Organisationen zu vergleichen. Dabei stütze ich mich zum einen auf bereits veröffentlichte Studien zu ihren bildungspolitischen Präferenzen. Da sich die Forschung zu rechten Akteuren lange Zeit auf andere Politikfelder konzentrierte, sind Studien zu ihren bildungspolitischen Präferenzen eher neu und ihre Zahl überschaubar, wenn auch stetig wachsend. Sie lassen sich in zwei Gruppen unterteilen. Die erste Gruppe umfasst Fallstudien einzelner Länder oder Parteien; viele von ihnen wurden kürzlich in einer Sonderausgabe des *Journal of Contemporary European Studies* veröffentlicht (Giudici et al. i.E.). Die zweite, kleinere Gruppe umfasst vergleichende Studien zu Programmen oder Strategien (Berg / Jungblut / Jupskås 2023; Giudici 2021).

Zur Illustration dieser Ergebnisse verwende ich Primärquellen aus meiner Archivarbeit. Diese umfassen eine umfangreiche Sammlung von Parteiprogrammen aller westeuropäischen rechtsextremen und rechtsradikalen Parteien sowie bildungspolitische Schriften ausgewählter Intellektueller und bildungsnaher Basisorganisationen in Deutschland, Frankreich und Italien. Kapitel 5 schließt die Analyse ab und benennt weiterführende Forschungsfragen.

1 Den (bildungs-)politischen Raum konzeptualisieren

Formale Bildung zielt darauf ab, Individuen und Gesellschaften durch institutionalisierte Strukturen und Praktiken in eine bestimmte Richtung zu verändern (Cremin 1977). Diese Richtung wird maßgeblich von politischen Weltanschauungen geprägt. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, dass soziale Bewegungen und Parteien oft unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der grundlegenden Dimensionen der Gestaltung von Bildungssystemen haben: Expansion, Struktur, Steuerung und Inhalte (Berg / Jungblut / Jupskås 2023; Niesz et al. 2018).

Die vorherrschenden politikwissenschaftlichen Modelle klassifizieren politische Ideologien anhand eines zweidimensionalen Koordinatensystems (Kriesi 2012). Die erste Dimension bildet sozioökonomische Einstellungen ab, die zweite Dimension kulturelle Einstellungen. Sozioökonomisch liberale Positionen zeichnen sich vor allem durch die Befürwortung von Umverteilung und Staatsinterventionismus aus, während sozioökonomisch konservative Positionen diese Maßnahmen eher ablehnen. Kulturell liberale Positionen schätzen kulturelle Vielfalt und progressive gesellschaftliche Normen, während kulturell konservative Positionen eher nationalistisch und traditionell argumentieren.

Bildungsthemen können sich auf beide Dimensionen beziehen. Einerseits können Bildungssysteme, je nachdem wie *expansiv* und hierarchisch sie *strukturiert* sind, zur Förderung von Umverteilung beitragen oder aber bestehende Ungleichheiten und Hierarchien verstärken (Ansell 2010; Nikolai / Rothe 2013). Andererseits kann die Auswahl der Bildungsinhalte sowohl der Stärkung konservativer als auch progressiver kultureller Werte dienen (Apple 2006). Fragen der *Steuerung* sind komplexer. Die Einbeziehung privater Interessen hat Einfluss auf die Verteilung von Bildung, während Machtverschiebungen zwischen kulturellen Kräften (Kirche oder ethnische Minderheiten) dazu dienen können, ihre Werte stärker im Bildungssystem zu verankern (Apple 2006).

Die Einstellungen bildungspolitischer Akteure in den beiden Dimensionen wurden bisher von jeweils unterschiedlichen Disziplinen untersucht. Bislang gibt es nur wenige Berührungspunkte zwischen den beiden Forschungsfeldern.

Die Umverteilungsperspektive wird vor allem von der vergleichenden Politikforschung eingenommen. Im Mittelpunkt steht hier die Haltung der traditionell dominierenden Parteien zum Bildungswesen als Umverteilungsinstrument. Die Annahme ist, dass, weil Mitte-Rechts und Mitte-Links traditionell unterschiedliche Gesellschaftsgruppen repräsentieren, sie dementsprechend unterschiedliche Haltungen zu Umverteilungsfragen einnehmen, inklusive bezüglich Themen der Expansion und den Strukturen des Bildungssystems sowie der Rolle privater Anbieter darin (Ansell 2010; Gingrich 2011).

Tatsächlich zeigen Studien, dass europäische Mitte-Links-Regierungen und Programme staatliche Investitionen in den öffentlichen Pflichtschulsektor (Ansell 2010), eine stärkere Regulierung des Privatsektors (Gingrich 2011; Nikolai 2019) und Gesamtschulreformen (Busemeyer 2014; Österman 2018; Wiborg 2009) bevorzugen. Diese Reformen stärken die Rolle der Bildung bei der Umverteilung von Chancen und Ressourcen, wovon traditionell mit der Sozialdemokratie verbundene Interessen profitieren: weniger reiche Wähler*innen, Gewerkschaften sowie – in den letzten Jahrzehnten – die wachsende bildungsfreundliche Mittelklasse (Gingrich / Häusermann 2015). Mitte-Rechts-Parteien haben stärkere Verbindungen zu privatwirtschaftlichen Interessen, Kirchen und wirtschaftlich Bessergestellten, die alle weniger von Umverteilung und staatlicher Intervention profitieren. Dieses Profil spiegelt sich in einer stärkeren Unterstützung des Ausbaus akademischer

Elitenbildung (Ansell 2010; Busemeyer 2014), gegliederter Schulsysteme (Giudici et al. 2023; Österman 2018) und Privatschulen wider (Apple 2006; Gingrich 2011).

Die Sichtweise von Bildungssystemen als Instrument der Kulturpolitik wird vor allem von der historischen und der erziehungswissenschaftlichen Forschung vertreten. Diese Studien argumentieren, dass die Verbreitung nationaler Identitäten ein wesentliches Motiv für die Etablierung moderner Bildungssysteme war (Weber 1976). Mit dem Abschluss dieses Aufbauprozesses stand politischen Bewegungen ein institutionelles Mittel zur Verbreitung jeglicher Kultur und Werte zur Verfügung (Niesz et al. 2018).

Welches kulturelle und moralische Wissen politische Bewegungen in den Lehrplänen repräsentiert sehen wollen, hängt von ihrer Ideologie und ihren Verbindungen zu gesellschaftlichen Kräften ab (Apple 2006). Letztere sind stark kontextabhängig. Generell ist jedoch festzustellen, dass Mitte-Links-Parteien stärkere Verbindungen zu progressiven Kräften in der Arbeiterschaft sowie zu feministischen und säkularen Bewegungen haben (Niesz et al. 2018). Demgegenüber haben rechte, insbesondere konservative und christdemokratische Parteien traditionell stärkere Verbindungen zu den Kirchen und zu eher konservativen Kräften in der Arbeiterschaft und im Unternehmertum (Apple 2006; Giudici et al. 2023).

Wie positioniert sich die radikale und extreme Rechte zu diesen beiden Dimensionen der Bildungspolitik? Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, soll im folgenden Kapitel zunächst eine Definition dieses Akteurs gegeben werden, die für die Untersuchung seiner Aktivitäten im Bildungsbereich geeignet ist.

2 Die radikale und extreme Rechte als Akteur der Bildung

Das Erstarken rechtsextremer Parteien und Politiken in Europa hat zu einem sprunghaften Anstieg der Forschung in diesem Bereich geführt. Entsprechend heterogen sind die Konzeptualisierungen des Feldes. Definitionen unterscheiden sich in zweierlei Hinsicht: zum einen in der Definition der rechten Ideologie und ihrer Unterströmungen, zum anderen in der Definition der relevanten Akteure. In diesem Kapitel werden diese konzeptionellen Debatten mit der erziehungswissenschaftlichen Forschung verknüpft, um die für den Bildungsbereich fruchtbarsten Konzeptualisierungen zu identifizieren.

2.1 Definition von radikaler und rechtsextremer Ideologie

Die Ideologie am rechten Rand des politischen Spektrums wird unterschiedlich bezeichnet und definiert. Elisabeth Carter hat 2018 die konzeptionellen Überschneidungen zwischen den verschiedenen Definitionen analysiert, um den „ideologischen Kern“ (158) dieser Ideologie zu identifizieren. In diesem Beitrag folge ich ihrer Definition von radikaler und rechtsextremer Ideologie als einer Weltanschauung, die durch Autoritarismus, Nativismus sowie Illiberalismus oder Antidemokratie gekennzeichnet ist.

Autoritarismus bezeichnet den Glauben an eine stratifizierte und geordnete Gesellschaft, in der Verstöße streng geahndet werden (Carter 2018; Mudde 2000). Illiberalismus kennzeichnet die radikale Rechte, also die ideologische Strömung, die zwar liberale Prinzipien wie Pluralismus und Individualrechte ablehnt, nicht aber die Demokratie. Als antidemokratisch wird hingegen die extreme Rechte bezeichnet. Damit ist jene ideologische Strömung gemeint, die Demokratie als Ziel und Mittel politischen Handelns grundsätzlich ablehnt (Carter 2018; Mudde 2000).

Nativismus ist der Glaube, dass Kriterien wie Geschlecht, Ethnizität oder Religion organische Realitäten sind. Da die Menschen, die diesen Gruppen angehören, demnach grundsätzlich verschieden sind, müssen sie institutionell getrennt oder unterschiedlich behandelt werden. In Bezug auf Ethnizität kann sich Nativismus entweder in einem ausgrenzenden Nationalismus ausdrücken, wie in der fremdenfeindlichen Rhetorik vieler heutiger rechtsradikaler Parteien. Er kann aber auch zu einem weniger ausgrenzenden „holistischen“ (Carter 2018, 165) Nationalismus führen. Dieser kennzeichnet beispielsweise die Rhetorik neofaschistischer Gruppierungen, die die Nation monistisch definieren und von den zugehörigen Individuen die Unterordnung unter ihre kollektiven Ziele verlangen.

Wie Carter (2018) und Mudde (2019) betonen, liegt all diesen ideologischen Merkmalen eine grundlegende Ablehnung von sozialer Gleichheit zugrunde. Weil Individuen ungleich sind, müssen Autoritäten Ordnung schaffen, liberale oder demokratische Rechte beseitigt und Gruppen institutionell getrennt werden.

Das Schlagwort Populismus kommt in dieser Definition nicht vor. Ideologisch wird Populismus definiert als „Appell an ‘das Volk’“ gegen „die etablierten Machtstrukturen“ (Canovan 1999, 3, eigene Übersetzung). Diese Haltung wird von verschiedenen rechtsradikalen Parteien der Gegenwart verkörpert. Sie ist jedoch kein Element einer gemeinsamen Kernideologie. Denn verschiedene Gruppen, darunter neofaschistische Parteien und neurechte Intellektuelle, vertreten elitistische Ansichten, nach denen „das Volk“ von einer ausgewählten Elite geführt werden muss und nicht umgekehrt (Bar-On 2011; Carter 2018; Mudde 2019).

Indem die radikale und extreme Rechte über ihre Ideologie definiert wird und nicht über oder eher kontextabhängigen Präferenzen, wird es möglich, die Akteure zu identifizieren, die diese Weltanschauung zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten vertreten haben (Carter 2018). Dies ist von Vorteil für die vorliegende Analyse, in der ich die Präferenzen rechtsextremer und -radikaler Organisationen zueinander und zu ihrem jeweiligen Kontext in Beziehung setze.

2.2 Varianten radikaler und rechtsextremer Ideologie

Historische Studien zeigen: Die radikale und extreme Rechte der Gegenwart ist ein ausgesprochen internationales Phänomen. Nicht zuletzt aufgrund der Isolation in ihren Ursprungsländern in der ersten Nachkriegszeit haben sich Organisationen in Europa stark vernetzt. Zeitschriften, Konferenzen und gegenseitige Treffen sorgen seither für einen Austausch von Strategien und Ideen – und damit für eine gewisse Annäherung der Programme (Griffin 2000; Mammone 2015).

Programme sind aber auch kontextabhängig. Um Veränderungen im Zeitverlauf zu erfassen, hat sich die Systematisierung der drei Wellen nach von Beyme (1988) durchgesetzt (Mudde 2019). Die erste Welle bilden die neofaschistischen Verbände der unmittelbaren Nachkriegszeit. Sie konnten sich nur in Ländern organisieren, die faschistische Organisationen nicht verboten oder lax mit Verboten umgingen, wie etwa Spanien oder Italien (Mammone 2015). Das 1946 gegründete *Movimento Italiano Sociale MSI* – Vorläufer der heutigen Partei *Fratelli d'Italia* – ist die langlebigste Partei dieses Typs.

In der zweiten Welle der 1960er Jahre wurden mit mäßigem Erfolg neue Parteien gegründet, die rechtsradikale oder rechtsextreme Ideologie mit populistischen Elementen und Kritik am Wohlfahrtsstaat verbanden. Ein Beispiel hierfür ist die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands NPD* (von Beyme 1988).

Die entscheidende Innovation ging in dieser Zeit jedoch von Organisationen außerhalb des Parteienspektrums aus. Zunächst in Frankreich, später auch in Deutschland und Italien, begannen Think Tanks der sogenannten Neuen Rechten in den 1960er Jahren zu argumentieren, dass die Eroberung politischer Macht ohne einen vorherigen Kulturwandel nicht möglich ist (Bar-On 2011). Sie widmeten sich daher der Ideologearbeit und der gesellschaftlichen Debatte. Auf ideologischer Ebene traten so Identität und Kultur an die Stelle der durch den Faschismus stigmatisierten Ideen von Korporatismus, Elitismus und rassistischem Nativismus. Das französische Kollektiv *Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne GRECE* nannte (und nennt) diese Strategie „Gramscismus von rechts“ (Bar-On 2011, 211, eigene Übersetzung).

In der dritten Welle ab den 1980er Jahren übernahmen die europäischen Parteien nach und nach diese neurechten Ideen. Paradigmatisch für diese erfolgreiche Strategie ist der französische *Front National* (seit 2018 *Rassemblement National*) (von Beyme 1988). Diese Entwicklung läutete das ein, was der Politikwissenschaftler Cas Mudde die vierte Welle nennt. Im 21. Jahrhundert sind nicht nur rechtsradikale Parteien, sondern auch Parteien mit rechtsextremen Bezügen wie die *Alternative für Deutschland* oder die *Fratelli d'Italia* – letztere stellt seit 2022 die Regierung in Italien – Teil des politischen Mainstreams geworden. Gleichzeitig finden sich Elemente rechtsradikaler Ideologie inzwischen auch in den Programmen anderer Parteifamilien, so dass sich rechtsradikale Politik „weitgehend von den populistischen rechtsradikalen Parteien gelöst“ hat (Mudde 2019, 22, eigene Übersetzung).

2.3 Varianten radikaler und rechtsextremer Organisation

Individuen, die eine radikale oder rechtsextreme Ideologie vertreten, können sich auf unterschiedliche Weise organisieren. Insbesondere die politikwissenschaftliche Forschung konzentriert sich vor allem auf Parteien (Mudde 2019). Soziolog*innen argumentieren allerdings, dass gerade das Zusammenspiel von Parteien, Think Tanks und gesellschaftlichen Basisorganisationen ein charakteristisches Merkmal der europäischen Rechten der Nachkriegszeit ist (Castelli Gattinara / Pirro 2019; Griffin 2000). Dies gilt insbesondere für Länder, in denen Parteien lange Zeit Schwierigkeiten hatten oder rechtlich daran gehindert wurden, politisch Fuß zu fassen. In diesem Sinne kann die zeitgenössische extreme und radikale Rechte als eine soziale Bewegung verstanden werden, die in ihrer politischen Arbeit institutionelle Politik in Parlamenten und Regierungen mit Theoriearbeit und Protest verbindet (Castelli Gattinara / Pirro 2019; Griffin 2000).

Erziehungswissenschaftliche Studien zeigen, dass diese Konzeptualisierung der Rechten als soziale Bewegung besonders geeignet ist, um ihre Arbeit im Bildungsbereich zu verstehen. Nicht nur in den USA (Apple 2006) sind rechtsextreme und rechtsradikale Parteien davon überzeugt, dass Bildungsreformen langfristig eine Kombination aus institutioneller Politik und Bottom-up-Aktivismus in Schulen und auf der Straße erfordern. Die Gründung von Schulen mit rechter Wertevermittlung und Vereine für Eltern, Lehrpersonen und Studierende (Giudici 2021) sowie die Beteiligung an Protesten gegen Sexualkunde (Hoffmann 2017) sind Beispiele für diese Strategie, die sich am traditionellen Repertoire sozialer Bewegungen orientiert.

Die bisherige Forschung zur westeuropäischen Rechten hat sich vor allem auf Parteien konzentriert. Deren Bildungspräferenzen stehen daher auch im Mittelpunkt der beiden folgenden Kapitel, wobei punktuell auch Quellen und Erkenntnisse zu anderen Organisationsformen einbezogen werden.

3 Einstellungen zu Bildung als Umverteilungsinstrument

Zeitgenössische mitte-links und mitte-rechts Parteien verbinden rhetorisch Bildung mit sozialer Gleichheit und Chancengerechtigkeit (Gingrich / Giudici 2023; Nikolai / Rothe 2013). Dies ist nicht überraschend, da Bildungssysteme wichtige Umverteilungsinstrumente sind. Ihre Wirkung hängt jedoch von ihrer Ausdehnung, Struktur und Steuerung ab (Ansell 2010; Gingrich 2011).

Historisch begünstigten Bildungssysteme durch Zugangs- und Zertifikatsbeschränkungen, hierarchische Strukturen und die Beteiligung privater Interessen privilegierteren Gesellschaftsschichten. Insbesondere die Haltung linker (und z.T. liberaler) Bewegungen zeichnet sich daher typischerweise durch ein Engagement für die Expansion formaler Bildung, die Enthierarchisierung von Bildungsstrukturen (z.B. durch Gesamtschulen) und die Zurückdrängung privater Interessen aus (Österman 2018; Wiborg 2009). Konservative Parteien haben zwar ihre traditionelle Opposition gegen die Bildungsexpansion nach 1945 abgeschwächt. Dennoch kämpfen sie häufig weiterhin gemeinsam mit anderen Parteien der rechten Mitte für die Beibehaltung hierarchischer Strukturen und privater Wahlmöglichkeiten, von denen ihre Wählerschaft und verbündete Interessen profitieren (Busemeyer 2014; Giudici et al. 2023).

Wie positionieren sich rechtsextreme und rechtsradikale Parteien zu umverteilungsrelevanten Fragen der Ausdehnung, der Struktur und des Einflusses von Privaten auf Steuerungsfragen? Vergleichende Studien zu dieser Frage sind eher selten. Eine davon ist Ben Anells (2010) empirische Analyse der Unterstützung von Bildungsexpansion in Parteiprogrammen in reichen Demokratien, die auch Daten zu rechtsradikalen Parteien einbezieht. Die Studie stellt eine „inverse-U-Beziehung“ (Ansell 2010, 137, eigene Übersetzung) fest, in der die Parteien der Mitte in ihren Programmen die Bildungsexpansion stärker betonen als die Parteien am rechten (und linken) Rand. Das heisst jedoch nicht, dass sie dagegen sind. Explizite Ablehnung gegen die Bildungsexpansion ist in allen Programmen sehr selten.

Etwas zahlreicher sind die Studien zu Strukturpräferenzen. Sie zeigen ein relativ klares Bild: Rechtsextreme und -radikale Organisationen befürworten die hierarchische Gliederung von Bildungssystemen (Berg / Jungblut / Jupskås 2023; Giudici et al. i.E.). Spezifische Positionen sind den lokalen Kontexten angepasst. In Ländern mit Gesamtschulsystemen stellen Akteure diese nicht grundsätzlich in Frage, sondern plädieren für eine interne Stratifizierung durch Leistungskurse oder Abmeldemöglichkeiten, während sie in Ländern wie Deutschland die Beibehaltung und Stärkung gegliederter Strukturen fordern (Giudici et al. i.E.).

Unterschiede zeigen sich auch in der Argumentationsstruktur. Rechtsextreme Organisationen begründen ihre Befürwortung gegliederter Bildungsstrukturen mit Autoritarismus und sozialer Ungleichheit. In einem Traktat, das als Pflichtlektüre im Programm der italienischen Untergrundorganisation *Ordine Nuovo* erscheint, heisst es, es sei „Sache der Schule, durch die verschiedenen Ordnungen und Studiengänge zu bestimmen, wer nach oben aufsteigt und wer unten bleibt“ (Travostini 1970, 64, eigene Übersetzung). Die NPD (1985) forderte ein „von der Unterschiedlichkeit der Menschen ausgehendes“ (S. 4) mehrgliedriges Bildungssystem. Rechtsradikale Texte argumentieren eher mit unterschiedlichen natürlichen Begabungen und Talenten ohne jedoch von der Präferenz für eine hierarchische Gliederung abzuweichen.

Deutlich mehr Variation findet sich bei den Positionen gegenüber Privatschulen. Der Kampf gegen private Interessen bildet einen Schwerpunkt des rechtsextremen Bildungsprogramms. Privatschulen, die es wohlhabenderen Kindern ermöglichten, sich einem strikt und staatlich organisierten meritokratischen System der Chancenverteilung zu entziehen, werden in diesen

Quellen als „moralische Ohrfeige“ (Travostini 1970, 81, eigene Übersetzung) für die Gemeinschaft verstanden. Ähnlich argumentieren auch die nicht parteipolitisch gebundenen Teile der radikalen Rechten. „Differenzierung des öffentlichen Bildungswesens: ja; Privatisierung: nein“ (Valclérieux 1984, 9, eigene Übersetzung) fasste ein führender Vertreter der französischen neurechten *GRECE* deren Präferenzen zusammen.

Seitdem haben einige rechtsextreme Parteien jedoch andere Wege eingeschlagen. So stellte der *Front National* in den 1980er Jahren die Einführung von Bildungsgutscheinen in den Mittelpunkt seines Bildungsprogramms. Man erhoffte sich davon eine Entmachtung der als zu progressiv empfundenen Verwaltung und der Gewerkschaften (Ferhat 2023). Verschiedene Parteien folgten diesem Beispiel, darunter die italienische *Lega Nord* (Mattei / Bulli 2023) und die *Freiheitliche Partei Österreichs* (Gruber / Schnell 2023).

Diese Position ist jedoch nicht in Stein gemeißelt. Andere rechte Parteien unterstützen nach wie vor den öffentlichen Bildungssektor, wie z.B. die dänische *Dansk Folkeparti* (Rasmussen 2023). Selbst der *Front National* hat sich seit den 2000er Jahren, als die Chancen der Partei auf eine Regierungsbeteiligung stiegen, im Rahmen einer breiteren Neuprofilierung auch als Befürworter des staatlichen Schulsystems positioniert (Ferhat 2023). Diese Neuprofilierung ging einher mit einer Kampagne zum Aufbau von Basisorganisationen bei Lehrpersonen, Eltern und Schüler*innen (Giudici 2021).

Studien zu heben sowohl ideologische als auch strategische Motive als mögliche Erklärungsmuster für distributiven Präferenzen hervor. Im Falle der radikalen und extremen Rechten entspricht die Präferenz für hierarchische Strukturen dem ideologischen Glauben an (Berg / Jungblut, / Jupskås 2023; Giudici et al. i.E.). Da Menschen ungleiche Talente und Führungsqualitäten haben, müssen Bildungseinrichtungen sie auf unterschiedliche Rollen in der Gesellschaft vorbereiten. Während Geschlecht nur in sehr frühen Schriften als relevantes Unterscheidungskriterium auftaucht, zeigen Berg, Jungblut und Jupskås (2023), dass insbesondere neuere Texte auf eine institutionelle (hierarchische) Trennung von einheimischen und ausländischen Schülerschaften abzielen; ein Versprechen, das z.B. die *FPÖ* als Regierungspartei mit der Einrichtung von Deutschförderklassen teilweise auch umsetzen konnte.

Gleichzeitig kann die unklare Positionierung in Fragen der Bildungsexpansion und der Rolle privater Interessen auch auf Wahlstrategie zurückgeführt werden. Während rechtsextreme und intellektuelle Organisationen hier klar Position beziehen – für ein ausgebautes und öffentliches Schulsystem –, sind die Präferenzen rechtsextremer Parteien, also der Organisationen, die sich aktiver an demokratischen Wahlen beteiligen, unterschiedlich und wechselhaft. Dieses Phänomen wird auch in Studien zur Sozial- und Wirtschaftspolitik dieser Parteien beobachtet (Afonso 2015; Rovny / Polk 2020). Deren Autor*innen argumentieren, dass die Ausblendung und Inkohärenz sozioökonomisch relevanter Themen mit dem spezifischen Wahlprofil rechtsradikaler Parteien zusammenhängen. Ihr traditioneller Fokus auf kulturelle Themen zieht eine sozial gemischtere Wählerschaft an als beispielsweise sozialdemokratische oder konservative Parteien. Daher haben rechtsextreme Parteien wenig Anreize, klare Positionen zu beziehen, die Teile ihrer Wählerschaft potenziell verprellen könnten.

4 Einstellungen zu Bildung als kulturpolitisches Instrument

Während die Positionen zur Bildung als Umverteilungsinstrument teilweise widersprüchlich sind, gilt dies keineswegs für die Positionen zur Bildung als Kulturinstrument. Die Vorstellung, dass formale Bildung nicht nur akademisches und berufliches Wissen, sondern auch nationale

Werte und Einstellungen vermitteln soll, ist allen untersuchten Organisationen gemeinsam. Die spezifische Definition dieser Werte und Einstellungen ist jedoch unterschiedlich.

Insbesondere Parteien und Intellektuelle der extremen Rechten wünschen sich, dass Bildungseinrichtungen disziplinierte Bürger*innen (bzw. Untertanen) heranbilden, die bereit sind, ihre individuellen Rechte dem nationalen Gemeinwohl unterzuordnen. Dies war das Hauptanliegen der italienischen neofaschistischen Bildungsexpert*innen und -politiker*innen, als sie sich 1961 in Florenz trafen, um ein Bildungsprogramm für die Bewegung zu erarbeiten. In den Worten eines Teilnehmers: Angesichts der Heterogenität der Schülerschaft müssten Lehrpersonen „klug arbeiten, um die Beseitigung oder zumindest die Milderung pathologischer Formen zu erreichen; die Korrektur schlechter moralischer Veranlagungen; die Bildung eines ehrlichen Gewissens, das von den hohen bürgerlichen Idealen des Vaterlandes inspiriert ist“ (Salmi 1961, 89, eigene Übersetzung).

Diese Art von Argumentation kennzeichnet auch die Programme rechtsextremer Parteien. So forderte beispielsweise die griechische Chrysi Avgi (deutsch: Goldene Morgenröte) 2012 ein „zeitloses System der nationalen und sozialen Bildung“, das „die vollständige Bildung und Integration junger Menschen in die Gesellschaft und den Produktionsprozess“ (Chrysi Avgi 2012, eigene Übersetzung) ermöglicht. Diese und ähnliche Aussagen spiegeln den „holistischen Nationalismus“ (Carter 2018, 165, eigene Übersetzung) dieser ideologischen Strömung wider, der Nationalität weniger mit Identität als mit Staatsräson verbindet und von Individuen die Unterordnung unter kollektive Ziele verlangt.

Die Theoriearbeit neurechter Intellektueller rückten Identitäts- und Kulturthemen in den Vordergrund. Dieser spezifische Fokus floss sukzessive in die Programmatik der rechtsextremen Parteien der dritten Welle ein (Mudde 2019; von Beyme 1988). Für diesen Akteurstyp ist Bildungspolitik in erster Linie Kulturpolitik.

Die vergleichende Inhaltsanalyse der Parteiprogramme rechtsradikaler Parteien in den 2010er Jahren von Berg et al. (2023) zeigt, dass sie Bildungsinhalten deutlich mehr Aufmerksamkeit schenken als Steuerungs- und Umverteilungsfragen. Eine starke Fokussierung auf Bildungsinhalte zeigen auch Fallstudien zu den einzelnen Parteien. Dabei geht es weniger um akademisches Wissen und Qualitätsstandards als vielmehr um moralische Inhalte und die Repräsentation von Geschlecht, Ethnie, Religion und Sprache im schulischen Wissen (Ferhat 2023; Gruber / Schnell 2023; Mattei / Bulli 2023; Rasmussen 2023).

Die spezifischen Maßnahmen und Legitimationsmuster, die mit diesen Präferenzen verbunden sind, spiegeln den ausgrenzenden Nationalismus wider, der für diesen Akteurstyp charakteristisch ist (Carter 2018). Rechtsradikale Organisationen wollen die formale Bildung typischerweise in den Dienst der Verbreitung einheimischer Geschichte, Sprache und zunehmend auch Religion stellen. Die Schule, so der *Front National*, habe „die Aufgabe, Frankreich und das geistige und materielle Erbe seiner Zivilisation an die nächsten Generationen weiterzugeben“ (2001, 85, eigene Übersetzung). Elemente, die mit Migration oder liberalen internationalen Organisationen assoziiert werden, sollen dagegen aus den Curricula ausgeklammert werden. Die dem *Front National* nahestehende Frauenorganisation *Cercle National des Femmes d'Europe* spricht in diesem Zusammenhang von einer «Neuen Bildungs- und Weltordnung» (Curtet 1996). Dazu gehören vor allem der Islam, aber auch der Unterricht in den Herkunftssprachen sowie liberale Ideen zu Menschenrechten oder Geschlecht.

Ein Beispiel für die enge Verknüpfung von bildungs- und kulturpolitischer Programmatik rechtsradikaler Organisationen ist die italienische *Lega Nord*. Die rechtsradikale Partei wurde 1991 mit dem Ziel gegründet, mehr Autonomie für Norditalien – die Nation Padania –

gegenüber dem italienischen Staat zu erreichen. Dementsprechend wird in den Programmen aus dieser Zeit auch die Föderalisierung des Schulwesens gefordert, um „den großen Reichtum und die kulturelle Vielfalt, die in jeder Region vorhanden sind, durch das Studium der lokalen Sprachen, Kulturen und Traditionen, die die Grundlage jeder Nationalität bilden und ihre Gene darstellen, positiv zur Geltung zu bringen“ (Lega Nord 1996, eigene Übersetzung). Im Jahr 2010 vollzog die Partei unter neuer Führung jedoch einen radikalen Kurswechsel hin zu einer landesweit aktiven rechtsradikalen Partei: die *Lega*. Im Rahmen dieses Kurswechsels wurde Schule programmatisch zu einem landesweiten Integrationsinstrument, das sich auf das Erlernen der italienischen Sprache, Geschichte und Kultur konzentrieren soll (Lega 2022; vgl. auch Mattei / Bulli 2023). Statt einer Abgrenzung der italienischen Kultur und Identität wird nun eine Abgrenzung von mit dem Islam und internationalen Organisationen assoziiertem Wissen gefordert.

5 Fazit und Forschungsdesiderata

Das Verhältnis der zeitgenössischen extremen und radikalen Rechten zur Bildung wurde in der Forschung lange Zeit vernachlässigt. Während sich Studien zu diesem Akteur mehrheitlich mit anderen Politikfeldern beschäftigten, konzentrierte sich die Literatur zur Bildungspolitik sozialer Bewegungen eher auf progressive Organisationen (Niesz et al. 2018) und die Literatur zu Parteien auf den so genannten Mainstream (Giudici 2021). Die radikale und teilweise auch die extreme Rechte sind jedoch mittlerweile selbst im politischen Mainstream Europas angekommen (Griffin 2000; Mudde 2019). Dieser blinde Fleck ist daher sowohl theoretisch und empirisch als auch politisch problematisch. Lange Zeit gab es wenig Wissen darüber, wie Bildung aus (neu)rechter Perspektive gedacht wird und welche Faktoren und Mechanismen diese Einstellungen prägen. Ebenso wichtig ist es aus politischer Perspektive zu wissen, wie ein zunehmend mächtiger Akteur, der die liberale Demokratie in Frage stellt, Bildung reformieren will.

Fallstudien und einige vergleichende Studien haben in den letzten Jahren einige Forschungslücken geschlossen. Zusammengefasst zeigt diese Literatur, dass die zeitgenössische radikale und extreme Rechte keineswegs eine Ein-Themen-Bewegung ist, die sich ausschließlich auf Migration konzentriert (Mudde 2019). Die Organisationen, die sich dieser Ideologie verschrieben haben, haben – mehr oder weniger sorgfältig – in die Entwicklung kohärenter Bildungsprogramme investiert. Wie die hier vorgelegte Analyse zeigt, lässt sich deren Ausgestaltung durchaus mit bestehenden theoretischen Ansätzen aus der bildungspolitischen Forschung und der historischen Bildungsforschung interpretieren.

Insbesondere die historische Bildungsforschung betont den Zusammenhang zwischen Ideologie und Bildung (Geiss / Reh 2020). Dass dieser Zusammenhang auch am rechten Rand des politischen Spektrums eine Rolle spielt, zeigt sich daran, dass dort Bildung primär als kulturpolitisches Instrument verstanden wird, mit dem rechtsextreme Organisationen den für diese Ideologievariante charakteristischen holistischen Nationalismus und rechtsradikale Organisationen einen ausgrenzenden Nationalismus verwirklicht sehen wollen.

Aufgrund ihres starken Fokus auf Kultur ziehen die Parteien dieser Bewegung eine sozial gemischte Wähler*innenschaft an. Dies erklärt aus Sicht der politikwissenschaftlichen Forschung den Mangel an Aufmerksamkeit und Kohärenz in Umverteilungsfragen, insbesondere bezüglich Fragen der Expansion und Beteiligung privater Interessen. Angesichts der Heterogenität der sozioökonomischen Bedingungen und Interessen ihrer Wählerschaft

müssen sie „wählen, wen sie verraten“ (Afonso 2015, 271, eigene Übersetzung), was sich auch in ihren sozialpolitischen Positionen widerspiegelt.

Vieles wissen wir jedoch (noch) nicht. Da das Forschungsfeld einerseits auf breit angelegten Vergleichen und andererseits auf ausgewählten Fallstudien basiert, gibt es wenig Wissen darüber, wie Organisationen ihre Programme, Rhetorik und Strategien an den jeweiligen Kontext anpassen. Aus dem gleichen Grund mangelt es auch an Wissen über die Wirkung und Funktionsweise von internationalen Netzwerken und Lernprozessen. Die vorherrschende Konzentration auf Parteien bedeutet auch, dass wenig über die Mechanismen und gesellschaftlichen Folgen bekannt, die das Zusammenspiel zwischen Parteien, Think Tanks und Basisorganisationen sowie zwischen institutioneller Politik und Protest prägen. Bisher ist auch weitgehend unbekannt, in welchem Ausmaß und auf welche Weise rechte Ideologie nicht nur die Bildungspräferenzen, sondern auch die Bildungspraxis dieser Organisationen beeinflusst, z. B. im Rahmen von Homeschooling, in Sommercamps oder an Parteischulen. Die Untersuchung dieser und anderer Fragen verspricht gesellschaftlich und theoretisch relevante Einsichten in die Determinanten politischer Einstellungen zur Bildung und in das Verhältnis von Ideologie und Bildung.

Literatur

- Abou-Chadi, Tarik / Krause, Werner (2020): The causal effect of radical right success and mainstream parties' policy positions. In: *British Journal of Political Science*, 50 (3), 829–847.
- Afonso, Alexandre (2015): Choosing whom to betray: populist right-wing parties, welfare state reforms and the trade-off between office and votes. In: *European Political Science Review*, 7 (2), 271–292.
- Ansell, Ben (2010): *From the Ballot to the Blackboard*. Cambridge.
- Apple, Michael (2006): *Educating the 'Right' Way*. New York.
- Bar-On, Tamir (2011): Transnationalism and the French Nouvelle Droite. In: *Patterns of Prejudice*, 45 (3), 199–223.
- Berg, Espeland Anne / Jungblut, Jens / Jupskås, Anders Ravik (2023): We don't need no education? Education policies of Western European populist radical right parties. In: *West European Politics*, 46 (7), 1312–1342.
- Beyme, Klaus von (1988): Right-wing extremism in post-war Europe. In: *West European Politics*, 11 (2), 1–18.
- Busemeyer, Marius R. (2014): *Skills and Inequality*. Cambridge.
- Canovan, Margaret (1999): Trust the people! Populism and the two faces of democracy. In: *Political Studies*, 47 (1), 2–16.
- Carstensen, Martin / Emmenegger, Patrick (2023): Education as social policy: new tensions in maturing knowledge economies. In: *Social Policy and Administration*, 57 (2), 109–121.
- Carter, Elisabeth (2018): Right-wing extremism/radicalism: reconstructing the concept. In: *Journal of Political Ideologies*, 23 (2), 157–182.
- Castelli Gattinara, Pietro / Pirro, Andrea (2019): The far right as social movement. In: *European Societies*, 21 (4), 447–462.
- Chrysi Avgi (2012): Vorschläge für eine neue nationale Politik, <https://manifesto-project.wzb.eu/datasets> (12.03.2024).
- Cremin, Lawrence (1977): *Traditions of American Education*. New York.
- Curtet, Luce (1996): Conférence sur le Nouvel Ordre Éducatif et Mondial. In: *Cercle National Des Femmes d'Europe*. 48 (1), 5–6.

- Ferhat, Ismaïl (2023): For things to remain the same, everything must change? *Journal of Contemporary European Studies*, <https://doi.org/10.1080/14782804.2023.2269378>.
- Front National (2001): *Pour un Avenir Français*. Paris.
- Geiss, Michael / Reh, Sabine (2020): Konservatismus im Europa des 20. Jahrhunderts. In: *Jahrbuch für historische Bildungsforschung*, 26, 9–27.
- Gingrich, Jane (2011): *Making Markets in the Welfare State*. New York.
- Gingrich, Jane / Häusermann, Silja (2015): The decline of the working class vote, the reconfiguration of the welfare support coalition and consequences for the welfare state. In: *Journal of European Social Policy*, 25 (1), 50–75.
- Gingrich, Jane / Giudici, Anja (2023): Education as a tool of social equality? In: *Social Policy and Administration*, 57 (1), 172–188.
- Gingrich, Jane / Giudici, Anja / McArthur, Daniel (2023): The politics of equality in secondary education across wealthy postwar democracies. In: Mattei, Paola / Dumay, Xavier / Mangez, Eric / Behrend, Jacqueline (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Education and Globalization*. Oxford, 633–656.
- Giudici, Anja (2021): Seeds of Authoritarian Opposition: Far-Right Education Politics in Post-War Europe. In: *European Educational Research Journal*, 20 (2), 121–142.
- Giudici, Anja / Gingrich, Jane / Chevalier, Tom / Haslberger, Matthias (2023): Center-right parties and post-war secondary education. In: *Comparative Politics*, 55 (2), 193–218.
- Giudici, Anja / Gruber, Oliver / Schnell, Philipp / Pultar, Anna (i.E.): Far-right parties and the politics of education in Europe. In: *Journal of Contemporary European Studies*.
- Griffin, Roger (2000): Interregnum or endgame? The radical right in the ‘post-fascist’ era. In: *Journal of Political Ideologies*, 5 (2), 163–178.
- Gruber, Oliver / Schnell, Philipp (2023): Sticking to the core or going beyond? *Journal of Contemporary European Studies*, <https://doi.org/10.1080/14782804.2023.2221188>.
- Hoffmann, Markus (2017). School sex education as an object of populist agitation. In: Akbaba, Yalız / Jeffrey, Bob (Hrsg.): *The Implications of “New Populism“ for Education*. Painswick, 143–154.
- Kriesi, Hanspeter (2012): *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge.
- Lega (2022): Programma di Governo. https://static.legaonline.it/files/Programma_Lega_2022.pdf (12.03.2024).
- Lega Nord (1996): Programma elettorale per la Padania. <https://manifesto-project.wzb.eu/datasets> (12.03.2024).
- Lerch, Julia / Bromley, Patricia / Ramirez, Francisco O. / Meyer, John W. (2017): The rise of individual agency in conceptions of society: textbooks worldwide, 1950-2011. In: *International Sociology*, 32 (1), 38–60.
- Mammone, Andrea (2015) *Transnational Neofascism in France and Italy*. Cambridge.
- Mattei, Paola / Bulli, Giorgia (2023). The case of the education-identity nexus of the Northern League in Italy, 1994-2018. *Journal of Contemporary European Studies*, <https://doi.org/10.1080/14782804.2023.2212598>.
- Mudde, Cas (2000): *The Ideology of the Extreme Right*. Manchester.
- Mudde, Cas (2019): *The Far Right Today*. Cambridge.
- Niesz, Tricia / Korora, Aaron / Walkuski, Christy Burke / Foot, Rachel (2018): Social movements and educational research. In: *Teachers College Record*, 120 (3), 1–41.
- Nikolai, Rita (2019): Staatliche Subventionen für Privatschulen: Politiken der Privatschulfinanzierung in Australien und der Schweiz. In: *Swiss Journal of Educational Research*, 41 (3), 559–575.
- Nikolai, Rita / Rothe, Kerstin (2013): Konvergenz in der Schulstruktur? Programmatik von CDU und SPD im Vergleich. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23 (4), 545–572.
- NPD, Nationaldemokratische Partei Deutschlands (1985). *Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft*. NPD-Parteiprogramm. O.A.
- OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2023). *Equity and Inclusion in Education*. Paris.

- Österman, Marcus (2018). Tracking Detracking Reforms. PhD Dissertation, Uppsala University.
- Rasmussen, Palle. 2023. Right-Wing populist education policy in a social democratic welfare state context. *Journal of Contemporary European Studies*, <https://doi.org/10.1080/14782804.2023.2199144>.
- Rathgeb, Philip / Busemeyer, Marius R. (2022): How to study the populist radical right and the welfare state? In: *West European Politics*, 45 (1), 1–23.
- Rovny, Jan / Polk, Jonathan (2020): Still blurry? Economic salience, position and voting for radical right parties in Western Europe. In: *European Journal of Political Research*, 59 (2), 248–268.
- Salmi, Roberto (1961). La formazione del cittadino nella scuola elementare. In: *INSPE (Hrsg.): Problemi della scuola italiana*. San Casciano, 89–94.
- Schofer, Evan / Lerch, Julia / Meyer, John W. (2022): Illiberal reactions to higher education. In: *Minerva*, 60 (4), 509–534.
- Travostini, Luciano (1970): *L'educazione di Stato*. Imola.
- Valclérieux, Fabrice (1984): L'enseignement en question. In: *Éléments*, (104), 17–31.
- Weber, Eugen (1976): *Peasants into Frenchmen*. Stanford.
- Wiborg, Susanne (2009): *Education and Social Integration*. New York.

Dr. Anja Giudici, Assistenzprofessorin (Lecturer) in Erziehungswissenschaft an der Universität Cardiff/Großbritannien. Arbeitsschwerpunkt: Bildungspolitik in vergleichender und historischer Perspektive. E-Mail: GiudiciA@cardiff.ac.uk